

Tagesordnungspunkt 2

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Erbenheim am 15. Oktober 2015

Haushaltsplan 2016/2017 - Anträge der Ortsbeiräte

1. Es wird davon Kenntnis genommen, dass die Ortsbeiräte Wiesbaden und AKK insgesamt 437 Maßnahmen zur Aufnahme in den Ergebnishaushalt und in den Investitions- und Instandhaltungshaushalt 2016/2017 sowie das Investitionsprogramm der Jahre 2015 bis 2019 beantragt haben.
2. Die städtischen Körperschaften mögen entscheiden, ob von den in der Anlage wiedergegebenen Anträgen, soweit sie nicht bereits Bestandteil des Haushaltsplanentwurfes sind, weitere Maßnahmen in den Entwurf des Ergebnishaushaltes und in den Investitions- und Instandhaltungshaushalt 2016/2017 aufgenommen werden sollen.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Sitzungsvorlage vorab der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung den Ortsbeiräten zur Kenntnis gegeben wird.

Beschluss Nr. 0048

Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf des vorgesehenen Doppel-Haushaltes 2016/2017 entspricht in wesentlichen Punkten weder den notwendigen sachlichen Erfordernissen noch den politischen Erwartungen unseres Ortsbezirkes.

In unserer nachfolgenden Stellungnahme beschränken wir uns auf die wesentlichsten Themen, bei denen eine Korrektur der bisherigen Beschlusslage dringend erforderlich ist:

1. Bau der 3-Felder-Sporthalle an der Hermann-Ehlers-Schule

Der OBR wird die ihm kürzlich zugeleitete Machbarkeitsstudie in seiner nächsten Sitzung eingehend beraten. Er strebt an, sich kurzfristig auf eine der Ausbau-Varianten zu verständigen. Wir begrüßen es, dass genügend Mittel für die Einholung evtl. erforderlicher Gutachten zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus sind wir aber der Auffassung, dass es möglich sein müsste bis spätestens Ende 2017 den notwendigen Bau-Antrag zu stellen. Soweit hierfür zusätzliche Gelder erforderlich sein sollten, beantragen wir, diese noch im HH-Entwurf zuzusetzen.

2. Schulsozialarbeit an der Hermann-Ehlers-Schule

Die vorgesehene Streichung von Sozialarbeiter-Stellen an der HES halten wir - in völliger Übereinstimmung mit der Schulleitung - für eine ausgesprochene Katastrophe. Damit wird die engagierte und erfolgreiche Arbeit, die wesentlich zur positiven Entwicklung dieser Schule beigetragen hat, vollkommen negiert. Über 100 Schülerinnen und Schülern würde zukünftig die notwendige Unterstützung bei allen schulischen und familiären Problemen fehlen. Und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der wegen zunehmender Asylantenzahlen mit wachsendem zusätzlichem Bedarf zu rechnen ist. Die beabsichtigte Stellenstreichung ist gesellschaftspolitisch unsinnig und deshalb zurückzunehmen.

3. Fünfüzügiger Ausbau der Justus-von-Liebig-Schule

Die Erbenheimer Grundschule ist seit 2013 fünfüzig und wird dies auch auf Dauer bleiben. Bereits im Mai 2014 wurde uns eine Ausführungsvorlage zum notwendigen Erweiterungsbau zugesagt. Die überarbeitete Planung liegt dem Schuldezernat seit Monaten vor und wurde auch der bei Projekten dieser Größenordnung üblichen „Plausibilitätsprüfung“ unterzogen.

Nicht plausibel ist uns allerdings, dass bisher weder die Vorlage vorgestellt wurde noch das erforderliche Budget für den dringend notwendigen Erweiterungsbau zur Verfügung steht. Wir erwarten, dass das Stadtparlament diese Gelder noch im Zuge der weiteren Beratungen zusetzt.

4. Sanierung KSP Moabiter Straße

Die Sanierung dieses KSP im sozialen Brennpunkt „Hochfeld“ ist seit vielen Jahren überfällig. Die Gesamtkosten liegen nach der im November 2014 im OBR präsentierten Planung bei über 200.000 €.

Der OBR hat beschlossen, aus Mitteln der Buschung-Stiftung einen Zuschuss von 50.000 € beizusteuern. Das Grünflächendezernat wird aus seinem lfd. Budget einen gleich hohen Betrag aufbringen, sodass der 1. BA im Frühjahr 2016 erfolgen kann.

Zur Realisierung der Gesamtmaßnahme (2. BA) fehlen noch 100.000 €. Hierzu wurde angeregt und von maßgeblichen Politikern auch zugesagt, die im Hochfeld mit ca. 1.000 WE stark verankerte Baugesellschaft (Nassauische Heimstätte) auf einen angemessenen Finanzierungsbeitrag anzusprechen, da ihr Klientel von einem attraktiven Spielgelände besonders profitieren würde. Die fehlenden Mittel sollten dann noch aufzubringen sein.

Aus unserer Sicht macht es jedenfalls Sinn, die verschiedenen Möglichkeiten zu bündeln, um das Projekt möglichst zügig und komplett zu realisieren und so die Lebensqualität für Kinder und Jugendliche in diesem ansonsten stark benachteiligten Wohnbezirk deutlich zu verbessern.

5. Nutzung des Erbenheimer Rathauses

Für die erweiterte Nutzung des „Erbenheimer Rathauses“ (Unterbringung Ortsgericht, Aufnahme Schiedsmann, Ausbau Heimatmuseum etc.) fallen zusätzliche Raumnutzungskosten von ca. 15.000 € an, die von der städt. WIM gefordert werden, jedoch vom gemeinnützigen Verein „Heimatmuseum Erbenheim e.V.“ nicht gestemmt werden können.

Das Kulturdezernat hat - auch im Hinblick auf die annähernde Gleichbehandlung mit anderen Stadtteil-Heimatmuseen - seine grundsätzliche Unterstützung signalisiert. Eine konkrete Zusage ist jedoch erst dann möglich, wenn die erforderlichen Gelder im Haushaltsplan zur Verfügung stehen. Dies ist nach unserem bisherigen Kenntnisstand derzeit nicht der Fall. Deshalb bitten wir nachdrücklich, den erforderlichen Betrag von 15.000 € noch im Haushaltsplan zuzusetzen.

6. Offene Jugendarbeit in Erbenheim

Der Trägerverein „Maria Aufnahme“ leistet gute Arbeit in Alt-Erbenheim und trägt - einem langjährigen Wunsch von Sozialdezernat und OBR folgend - nun auch durch eine teilweise Verlagerung seiner „Offenen Jugendarbeit“ dem akuten Bedarf im Wohngebiet „Hochfeld“ stärker Rechnung. In einem 2. Schritt soll jetzt durch die Errichtung eines Containers auf dem KSP Moabiter Straße ein zentraler Anlaufpunkt für die dort wohnenden Jugendlichen geschaffen werden.

Um weiterhin zukunftsorientiert handeln zu können, ist Aufbau und Ausstattung dieses (provisorischen) Jugendzentrums nur konsequent. Die Notwendigkeit einer bedarfsorientierten Konzeption ist den Hochfeld-Bewohnern, den zuständigen Fachämtern, dem Trägerverein und dem OBR sehr wohl bewusst.

Angesichts dieser Situation wäre es nicht zu verantworten, den städt. Zuschuss für den Trägerverein „Maria Aufnahme“ statt einer längst überfälligen Anhebung auch noch zu kürzen.

Wir erwarten, dass bei der Erarbeitung dieser dem Sozialdezernat bekannten Vorstellungen die erforderliche Unterstützung bei Ausarbeitung der Nutzungskonzeption geleistet wird.

Darüber hinaus sind - in enger Abstimmung mit dem OBR, der bereit ist, erhebliche finanzielle Beiträge zu leisten - auch Haushaltsmittel für Errichtung, Ausstattung und Betrieb des „Jugendzentrums“ zur Verfügung zu stellen.

Verteiler:

| | | |
|---------------------------|--------|---------------|
| Dez VI Amt 20 | z.K. | |
| Dez I Amt 52 | z.K. | (Ziffer 1) |
| Dez II Amt 51 | z.K. | (Ziffer 2, 6) |
| Dez V Amt 40 Amt 41 | z.K. | (Ziffer 3, 5) |
| Dez VII Amt 67 | z.K. | (Ziffer 4) |
| 1005 | z.d.A. | |

Reinsch
Ortsvorsteher